

Kohlendioxidabgaben fördern Deindustrialisierung und Betrug

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)

NAEB 2413 am 24. Juni 2024

Die unsinnigen Abgaben auf CO₂-Emissionen vertreiben die Industrie und erhöhen die Preise. Profiteure verdienen, während das Volk verarmt. Betrug steigert die Profite.

Zur Durchsetzung der Energiewende soll Strom aus Kohlenwasserstoffbrennstoffen durch Abgaben und Steuern über die Vergütungskosten von Strom aus Wind, Sonne und Biomasse verteuert werden. Die Verteuerung erfolgt über Abgaben auf CO₂-Emissionen aus Kohlenwasserstoffbrennstoffen. Diese Emissionen seien klimaschädlich, wird ständig durch fast alle Medien ohne Beweise eingehämmert. So soll die Energiewende in „marktwirtschaftliche“ Bahnen gelenkt werden. Doch diese Maßnahmen sind bereits ein massiver Eingriff in die Marktwirtschaft. Sie verhindern eine sinnvolle und bezahlbare Energieversorgung.

Planbarer Kraftwerkstrom und „grüner“ Zufallsstrom sind zweierlei

Unsinnig ist die Gleichstellung von planbarem Strom aus Kraftwerken und Zufallsstrom aus Wind, Sonne und Biomasse. Kartoffeln und Erdbeeren sind zweierlei. Beide dienen der Ernährung. Doch Kartoffeln kann man über ein Jahr lang lagern und bei Bedarf nutzen. Teure Erdbeeren verderben dagegen nach wenigen

Tagen. Sie sind als Grundnahrungsmittel ungeeignet. Wird über den Bedarf hinaus geerntet, sinkt der Preis und es fallen Entsorgungskosten an. Möchte man Erdbeeren bis zur nächsten Ernte haben, müssen sie tiefgefroren konserviert werden und erleiden einen deutlichen Qualitätsverlust.

Eine Energiewende setzt zwingend gleichbleibende Stromqualität voraus. Doch der vom Wetter abhängige Zufallsstrom aus Wind, Sonne und Biomasse kann kein stabiles Netz bilden. Er kann nur in ein von Kraftwerken geregeltes Netz bis zu einem Anteil von 55 Prozent eingespeist werden. Eine Vollversorgung durch den Zufallsstrom wäre nur möglich, wenn es ausreichend große Stromspeicher gäbe. Die sind jedoch unvorstellbar, denn alle vollen Speicher der BRD decken den Strombedarf weniger als eine Stunde lang. Doch die grüne ideologische Energiepolitik will die Energiewende fortsetzen und eine Versorgung nur mit dem Zufallsstrom erreichen. Das ist technisch und wirtschaftlich unmöglich. Der Zufallsstrom sollte daher als FAKEPOWER bezeichnet werden (Fake = Täuschung).

EEG-Einspeisevergütung und CO₂-Bepreisung treiben Strompreise hoch
Dr. Veronika Grimm, Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine "Wirtschaftsweise", plädiert seit Jahren für eine Bepreisung der CO₂-Emissionen aus Kohlenwasserstoffbrennstoffen als „marktwirtschaftliches“ Instrument zur Durchsetzung der Energiewende. Sie, wie auch viele Politiker in der BRD und in der Welt, dürfte zu den Profiteuren der Energiewende gehören, die für Profite ihr Sachwissen verleugnen. Eine andere Erklärung für die weltweite Bepreisung von CO₂-Emissionen ist kaum möglich.



Metzger der Wirtschaft [1]

Dazu wird ständig von fast allen Medien eingehämmert, CO₂-Emissionen aus Kohlenwasserstoffbrennstoffen würden die Erde aufheizen und immer mehr Klimakatastrophen verursachen. Daher müsste für CO₂-Emissionen gezahlt werden, um mit dem Geld Klimaschutzprojekte in aller Welt zu finanzieren. Es geht um Angstmache, denn es gibt keine physikalisch belegbare Fakten für diese Behauptungen. Viele Länder haben erkannt, dass mit einer CO₂-Bepreisung zum Klimaschutz die staatlichen Einnahmen ohne offizielle Steuererhöhungen vergrößert werden können. So singen sie das Lied vom Klimaschutz und bieten CO₂-Zertifikate an, die zur Emission von einer Tonne CO₂ berechtigen. (1 Tonne Kohle wird zu etwa 3 Tonnen CO₂). Die Kosten der Zertifikate liegen zurzeit bei 80 Euro/Tonne CO₂. Eine Tonne Importkohle wird so von 100 auf 340 Euro verteuert.

Fragwürde CO₂-Zertifikate

Für einen Grundbedarf gibt der Staat kostenlos Zertifikate an Kraftwerke und Industriebetriebe, die Jahr für Jahr reduziert werden. Für einen Mehrbedarf müssen Zertifikate zugekauft werden. Überzählige Zertifikate können verkauft werden. Ein weltweiter Markt für die politisch eingeführten Zertifikate ist entstanden.

Neben dem Staat können auch andere Organisationen Zertifikate erschaffen, wenn sie CO₂-Einsparungen nachweisen. So gelten Elektroautos als emissionsfrei. Mit Ihnen sinkt der CO₂-Flottenausstoß der Hersteller, der von der EU inzwischen auf Grenzwerte unter die physikalischen Möglichkeiten abgesenkt wurde. Mit Elektroautos können die Hersteller EU-Strafen vermeiden. Aus diesem Grund produzieren sie unwirtschaftliche Batterieautos, die mit Strom fahren, der zu mehr als 50 Prozent aus Kraftwerken mit Kohlenwasserstoffbrennstoffen stammt.

Auch die Besitzer von Elektroautos können auf Antrag an die Deutsche Emissionshandelsstelle, eine Abteilung im Umweltbundesamt, für ihr angeblich emissionsfreies Fahrzeug Zertifikate im Wert von einigen Hundert Euro pro Jahr erhalten. Hilfreiche Agenturen kümmern sich gegen gutes Honorar um die Beschaffung und Vermarktung der Zertifikate. Eine neue unnötige Organisation ist entstanden.

Zertifikate gibt es auch, wenn CO₂ gespeichert wird. Hier kommen vor allem die Wälder ins Spiel. Wird ein abgeholzter Wald wieder aufgeforstet, gibt es Zertifikate. Wird die Abholzung eines Waldes verhindert, gibt es gleichfalls Zertifikate. Dies will das Ölemirat Katar im großen Stil nutzen. Es hat sich den Zugriff großer Waldflächen in einigen afrikanischen Ländern gesichert, um so Zertifikate zu erwerben.

Die Zertifikate werden auf Antrag von Zertifizierungsstellen ausgegeben. Häufig übernehmen diese Organisationen auch die Vermarktung. Die Zertifikate werden weltweit an Firmen verkauft, die über gesetzlich festgelegte Grenzwerte hinaus CO₂ emittieren. Eine Reihe von Firmen kompensieren ihre CO₂-Emissionen mit Zertifikaten, damit sie mit den Schlagworten „grün“ und „klimaneutral“ werben dürfen. Für die Erlaubnis ist auch wieder eine Zulassungsstelle zuständig.

Viele Projekte weltweit zum angeblichen Klimaschutz werden von der BRD finanziert. Federführend ist das Bundesumweltministerium. Es werden viele Milliarden Euro im Jahr aufgewendet. Doch Erfolgskontrollen sind rar. Das meiste Geld verschwindet ohne klaren Verwendungs- und Erfolgsnachweis. Die Forderungen des Bundesrechnungshofes nach Erfolgskontrollen der Maßnahmen zur Energiewende und zum Klimaschutz wurden ignoriert. Diese Situation ist der Nährboden für zunehmenden Betrug. Betrogen wird bei der Durchführung von „Klimaschutzmaßnahmen“, die zum Teil nur gemeldet, aber niemals ausgeführt werden. Betrogen wird aber auch beim Generieren von Zertifikaten, denn bei vielen Projekten kann eine CO₂-Einsparung nur geschätzt werden. Profiteure kassieren an dem System Millionen bis Milliarden.

50 Milliarden für wirkungslosen Klimaschutz

Den Steuerzahler und Energieverbraucher kosten allein die Abgaben zur Minderung der für den Klimaschutz wirkungslosen CO₂-Emissionen rund 50 Milliarden Euro im Jahr. Darunter sind 20 Milliarden für EEG-Einspeisevergütungen, fast 8 Milliarden durch die CO₂-Maut, 16 Milliarden durch CO₂-Steuern auf Brenn- und Treibstoff und 4,5 Milliarden für Weltklimaprojekte. Dazu kommen die Kosten für die vielen Organisationen und Verwaltungen, die angeblich das Klima retten. Die CO₂-Bepreisung ist der Hauptkostentreiber für Energie und muss umgehend aufgehoben werden. Die steigenden Energiekosten erhöhen die Preise für Waren und Dienstleistungen und mindern die Kaufkraft. Mit dieser Politik ist die BRD auf dem Weg zu einem Entwicklungsland.

Fakten bewerten

Wenn die BRD ein erfolgreiches Industrieland bleiben will, muss die Energiepolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Es müssen Fakten bewertet werden, statt an Ideologien zu glauben. Dazu helfen die Forderungen vom Stromverbraucherschutz NAEB:

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) nutzen
3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
4. CO₂-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
6. E-Autos und Bio-Fuels stoppen

Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: Fliegenkiller - <https://t.me/CzessiDotCom/241>

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Heinrich Duepmann
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
info at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

